

# Pommersche Zeitung



Führende Tageszeitung Pommerns • Parteiaml. Zeitung der NSDAP Gau Pommern  
Nachrichtenblatt der Landesbauernschaft, der Deutschen Arbeitsfront sowie aller Behörden

4. Jahrgang

Sonnabend, den 23. November 1935

Nr. 146

Verlag und Druckvermittlung: Pommerscher Zeitungsverlag G.m.b.H., Stettin, Große Straße 21. Telefon: 2221. Druck: G. O. Schmidt & Co., Stettin, Große Straße 21. Telefon: 2221. Druck: G. O. Schmidt & Co., Stettin, Große Straße 21. Telefon: 2221.

## Heute lesen Sie:

### Zahlen beweisen

Ein Besuch bei dem WHW in Berlin

### 2,5 Milliarden Frank verloren

Lavala Schwierigkeiten - Keine Einigung mit den Radikalen

### Der Negus ist optimistisch

Er bestreitet italienische Erfolge in Ogaden

### „Funkskabine unter Wasser!“

Dampfer mit 21 Mann an der Doggerbank gesunken

### Die Antwort an Italien

Verbindlich - aber ohne Nachgeben

### Kampf mit Terrorgruppe

Sechs Tote bei einem Zusammenstoß in Palästina

### Lebt Kingsford Smith?

Ein Telegramm gibt neue Hoffnung

# Der „dringende Wunsch“ Lavals

## Die Aussprache des Führers mit dem französischen Botschafter hat in Paris und London großes Aufsehen erregt - Paris stellt Entspannung fest und glaubt an weitergehende Folgen

Berlin, 23. November.

Donnerstag hat der Führer den französischen Botschafter Francois Boncet, der sich in Paris einige Tage aufgehalten hatte, empfangen. Die Unterhaltung, die, wie es in der deutschen Berichterstattung hieß, „die allgemeine politische Lage zum Gegenstand hatte, von einem freundschaftlichen Geist getragen war und Gelegenheit bot, den guten Willen beider Regierungen festzustellen“, hat in Paris und auch in London großes Aufsehen hervorgerufen.

Die französische Agentur Havas teilte durch eine Meldung ihres Berliner Vertreters die Besprechung mit. Auch in dieser Berichterstattung wurde die „freundschaftliche Atmosphäre und der beiderseitige gute Wille“ als Hauptmerkmal der Aussprache hervorgehoben.

Man dürfe jedoch, so heißt es in der Havas-Meldung, der Besprechung keine außerordentliche Bedeutung beimessen. Es sei ganz natürlich, daß Francois Boncet nach seiner Rückkehr aus Paris, wo er mit Laval über die allgemeine Politik gesprochen habe, dem Führer über seine bei den Unterredungen mit den Vertretern der französischen Politik gewonnenen Eindrücke Mitteilung mache. In diesem Sinne sei die Zusammenkunft mit den Unterredungen gleichzusetzen, die jeder diplomatische Vertreter normalerweise mit dem Leiter des Staates habe, bei dem er akkreditiert sei. Ohne Zweifel werde diese Aussprache dazu beitragen, eine günstigere Atmosphäre in den deutsch-französischen Beziehungen zu schaffen, die nicht dazu bestimmt seien, für alle Zeiten feindlich bleiben zu müssen. Man müsse sich jedoch hüten, auf diese Zusammenkunft übertriebene Hoffnungen zu gründen. Der verständliche Geist, der diese Unterredung zwischen Hitler und dem französischen Botschafter ausgezeichnet habe, werde ohne Zweifel dazu beitragen, das „Klima der deutsch-französischen Beziehungen“ zu verbessern. In diesem Sinne sei die Aussprache ganz gewiß kein schlechtes Vorzeichen.

Auch für die Pariser Presse bildet die Unterredung zwischen dem Führer und Francois Boncet den außenpolitischen Gesprächsstoff. Der Eindruck und die Beurteilung, den diese Unterredung findet, sind widersprüchlich. Auf der einen Seite wird die besondere Bedeutung der Zusammenkunft unterstrichen, was sich schon aus der ungewöhnlichen Tatsache einer amtlichen Mitteilung und aus der Aufmerksamkeit des Außenministers ergebe. Auf der anderen Seite betont man sich, zu betonen, daß kein besonderes Ergebnis zu erwarten sei. Immerhin sei eine gewisse Entspannung und eine bessere politische Atmosphäre festzustellen. Dies und die freundliche Haltung der amtlichen Mitteilung finden allerdings nur in einem Teil der französischen Blätter ihren Niederschlag. Da man als Hauptgegenstand der Unterhaltung den deutsch-französischen Vertrag und die Rüstungsfrage vermutet, nehmen die Zeitungen vielfach in der Sache eine kritische Abwehrstellung ein.

In gut unterrichteten politischen und in amtlichen Kreisen wird der Unterredung ein mehr allgemeiner Charakter zugeschrieben. Man habe die internationale Lage und die deutsch-französischen Beziehungen besprochen. Man will die Bedeutung der Zusammenkunft nicht verkennen, bemerkt jedoch, daß ihre Wichtigkeit nicht übertrieben werden dürfe. Der Eindruck einer Entspannung verstärkte sich, aber sachliche Ergebnisse hätte die Unterredung nicht gebracht. Man hält es jedoch für möglich, daß sie weitere, mehr in die Tiefe gehende Besprechungen vorbereiten haben könnte.

Einen wichtigen Abschnitt des Meinungsaustausches habe zweifellos auch der deutsch-französischen Vertrag gebildet, der in Berlin gewisse Belorgnisse nähere und der demnächst dem französischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden soll.

Die außenpolitische Mitarbeiterin des „Deutscher“ erklärt, daß die Anregung zu der Unterhaltung von Laval ausgegangen sei, der den Wunsch gehabt habe, vor Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages Berlin wissen zu lassen, daß es sich für Frankreich dabei nicht um eine antideutsche Politik handele. Der Führer habe den französischen Botschafter eingehend über die innen- und außenpolitische Lage Frankreichs gefragt. Dann habe man sich dem deutsch-französischen Vertrag zugewandt. Es habe jedoch nicht den Anschein, so schreibt die Verfasserin, daß die

vom französischen Botschafter gegebenen Ausführungen den deutschen Standpunkt in dieser Frage auch nur im geringsten geändert haben. Im übrigen habe aber der französische Botschafter den Eindruck gewonnen, daß sich die Einstellung gegenüber Frankreich völlig geändert habe. Man zeige in Deutschland das Bestreben, liebevoll zu sein, und der Führer habe darauf hingewiesen können, wie sehr sich in dieser Hinsicht der Ton der deutschen Presse gegenüber Frankreich geändert habe. Kurz, zwischen Berlin und Paris herrsche gegenwärtig die Politik der ausgebreiteten Hand, aber akkompagniert in einem noch sehr, sehr dichten Nebel. Gegenwärtig wolle Deutschland wegen des arbeitslosen Streifenfalls jedoch nicht aus seiner völligen Zurückhaltung heraustreten.

(Fortsetzung siehe Hauptblattseite)

## Attentat auf Japans Botschafter in China

### Auf den Zug Kriogisja wurden Steine geworfen - Scheibe des Abteils zerschmettert

Drahtbericht unseres Korrespondenten

up Shanghai, 23. November.

Der japanische Botschafter Kriogisja traf gestern, von Nanjing kommend, hier ein. Ein japanischer Polizist, der zu seiner Eskorte gehört, machte kurz nach der Ankunft in Shanghai die aufsehenerregende Mitteilung, daß eine chinesische Bande den Zug des Botschafters mit Steinen bombardiert habe. Dieser Überfall sei in der Bahnhofsstation Chintiang erfolgt. Einer der Steine, die als Mordgeschosse benutzt worden seien, habe eine Fenster Scheibe in dem Abteil des Botschafters zerschmettert. Glücklicherweise sei niemand verletzt worden.

Die Folgen des Attentats sind unabsehbar. Wenn man sich erinnert, daß die Zuspitzung der Lage in Nordchina nach der Ermordung eines japanischen Matrosen in Shanghai durch japanische Sühneforderungen sich ergab, ist es denkbar, daß dieses Attentat Japan zu entscheidenden Schritten veranlassen wird.

London, 23. November.

„Times“ behandelt die Lage im Fernen Osten. Das Blatt stellt sich auf den Standpunkt, daß die Autonomiebewegung in Nordchina ein japanisches Unternehmen sei. Der Fehlschlag der Pläne der japanischen Militärten sei nur vorübergehender Art. Auf die Dauer lasse sich die Verwirklichung des Zieles des japanischen Heeres, eine Art militarisierter Pufferstaaten zwischen Mandschukuo und der chinesischen Republik zu schaffen, nicht verhindern.

Infolge dessen bleibe England nichts weiter übrig, als sich auf zwei wesentliche Forderungen zu beschränken:

1. Jede Provinz, die sich von der Zentralregierung loslauge, müsse einen angemessenen Teil der chinesischen Auslandsschulden übernehmen.
2. Die wirtschaftliche Gleichberechtigung Englands in Nordchina müsse anerkannt bleiben.

## Die neue englische Regierung

### MacDonald Vater und Sohn, Hoare und Eden bleiben - Lord Londonderry scheidet aus

London, 23. November.

Amlich wurden Freitag folgende Veränderungen im Kabinett bekanntgegeben: Zum Lordschreiber wird Viscount Halifax (bisher Kriegsminister) ernannt, zum Finanzminister Mr. Duff Cooper (bisher Finanzsekretär im Schatzamt), zum Dominionminister Mr. Malcolm MacDonald (bisher Kolonialminister), zum Kolonialminister Mr. J. S. Thomas (bisher Dominionminister). An Stelle von Duff Cooper wird zum Finanzsekretär im Schatzamt William S. Morrison ernannt. Der bisherige Lordschreiber Londonderry ist zurückgetreten.

Mit den Ernennungen vom Freitagmittag ist die Umbildung des Kabinetts baldwin abgeschlossen. Aus der Regierung scheidet nur eine Persönlichkeit aus: der bisherige Lordschreiber Lord Londonderry. Malcolm MacDonald bleibt dagegen in seiner bisherigen Stellung. Sein Sohn ist ebenfalls Minister geblieben. Um den Wünschen der Dominions Rechnung zu tragen, ist lediglich ein Wechsel der Posten zwischen Thomas und Malcolm MacDonald vorgenommen worden.

Die wichtigste Ernennung ist zweifellos die Ernennung Duff Coopers zum Kriegsminister. Duff Cooper ist keine unbekanntere Persönlichkeit. Der jetzt 45jährige entstammt einer alten schottischen Adelsfamilie und nahm am ganzen Weltkrieg als Offizier des Grenadier-Garderegiments teil. Nach dem Kriege hat er bereits mehrfach wichtige Posten bekleidet. 1928 bis 1929 war er Finanzsekretär des Kriegsministeriums. Diesen Posten bekleidete er auch von 1931 bis 1934. Nach der Kabinettsumbildung im Jahre 1934 wurde er Finanzsekretär des Schatzamtes. Von diesem Posten kehrt er nun wieder ins Ministerium zurück. Diesmal aber als sein Leiter. Seine bisherige Stellung hat W. S. Morrison erhalten, der sich einen Namen als Vorsitzender des 1922er-Komitees gemacht hat, einer wichtigen Gruppe der jüngeren Konserverativen.

Die Ernennungen bestätigen auch, daß Lord Bolton „Eyes“ Monsell Marineminister und Lord Curzon Vize-Luftfahrtminister bleibt. Auch die vielfach erwartete Umbeziehung im englischen Auswärtigen Amt ist nicht erfolgt. Sowohl Hoare wie Eden bleiben in ihren bisherigen Stellungen.

## Pommerscher Arztetag

Von Dr. med. Krug

Gauamteiler des Amtes für Volksgesundheit und Vorsitzender der Ärztekammer für die Provinz Pommern und des Rassepolitischen Amtes

Es ist seit der Machtübernahme durch die nationalsozialistische Bewegung das erste Mal, daß sich die Ärzteschaft Pommerns am 23. und 24. November zu einer Tagung versammelt. In der Systemzeit verliefen solche Sitzungen meist höchst unproduktiv, weil man nie von den eigentlichen Aufgabengebieten des Arztes sprach, sondern weil solche Tagungen fast ausschließlich einem fruchtlosen Kampfe mit den früher marxistischen Krankenkassen um Honorarfragen dienten.

Nach dem gewaltigen Umbruch nationalsozialistischen Denkens hat in Regierung, Staat und Volk eine wesentlich andere Auffassung von dem eigentlichen Aufgabengebiet des Arztes Platz gegriffen, und so dient dieser Pommersche Arztetag dazu, neben der Besprechung wirtschaftlicher Fragen, die naturgemäß in dem schweren Existenzkampf des Arztes immer eine gewisse Rolle spielen werden, die Wege und Mittel aufzudecken, die notwendig sind, um den deutschen Arzt fest im Volke zu verankern, einen neuen deutschen Arzttyp zu schaffen, dem neben der Fürsorge und Behandlung der kranken Volksgenossen nunmehr die große vorzorgende Tätigkeit für die erblich-physiologisch gesunden Volksgenossen, insbesondere aber für unsere Jugend, obliegt. Um diesem erweiterten Aufgabengebiet gerecht zu werden, mußte eine völlig veränderte Auffassung von dem Beruf des Arztes Platz greifen.

Die medizinischen Fakultäten an den deutschen Hochschulen waren vor der Machtübernahme Institute exakter wissenschaftlicher Forschung, die ausschließlich dem Wohle des Einzelindividuums dienten. In dem Kampf gegen Krankheit und Tod standen die deutschen Forscher an der Spitze und genossen in der Welt den besten Ruf. Unzählige Ausländer kamen jährlich nach Deutschland, um als Gäste Zeugen dieser Forschungsarbeit zu sein. Wir hatten wahrlich allen Grund, stolz zu sein auf die dort geleistete Arbeit, stolz auf die Erkenntnisse deutscher medizinischer Wissenschaft und Forschung. Männer wie Robert Koch, Virchow, Billroth, Friedrich von Müller, Bier, Sauerbruch sind nun einmal nicht wegzuleugnen. Die der Schulmedizin gemachten Vorwürfe, daß sie sich mit ihrer Wissenschaft abgelaßelt hätte, überheblich geworden sei, biologische Heilmethoden, der Natur entnommen, kraft ablehne, ihre Erhebung des Totalitätsanspruchs, das Entfernen vom Volksgenossen, sind zum Teil richtig, obgleich es auch schon vor der Machtübernahme Universitätsforscher gegeben hat, die immer wieder den kranken Menschen in den Vordergrund ihrer Betrachtungsweise stellten und auch von sich aus die Erprobung von Naturheilverfahren propagierten. Ich erinnere an die Versuche Sauerbruchs, verschiedener Formen der Tuberkulose (Gelenk- und Hauttuberkulose) durch eine bestimmte Veränderung der Ernährung Herr zu werden. Sicher ist jedenfalls eines, daß vor der Machtübernahme die biologische Heilmethode vernachlässigt wurde, immer nur die Krankheit des Einzelindividuums als wissenschaftlicher Begriff im Vordergrund stand, daß sich ein Spezialistentyp herauskristallisierte, der vorwiegend nur sein eigenes Spezialgebiet beherrschte, der sich für unmitttelbar in der Nachbarschaft liegende Krankheitsprobleme als nicht zuständig erklärte; kurz, über der Krankheit völlig vergaß, daß der Träger dieser Krankheit der kranke Mensch war mit allen seelischen Begleiterscheinungen, die nun einmal das Kranksein an sich mit sich bringt.

Der Arzt drängen an der Front, der aus diesen Forschungsstätten hervorgeht, bewegte sich in ähnlichen Bahnen. Der ewige Kampf mit den marxistisch eingestellten Krankenkassen führte ihn immer mehr in marxistisch-liberalistische Ideengänge. Ein großer Teil seiner Arbeitskraft und Arbeitslust wurde absorbiert von den ewigen fruchtlosen Bemühungen um eine Besserung seiner sozialen Lage. Es entstand das Proletariat im Arztestand. Leider nahm dieser Kampf um das tägliche Brot ihn so sehr in Anspruch, daß einmal der Leidtragende der Kranke selbst war, indem er nicht mehr auf eine hochwertige qualitative Leistung rechnen konnte, sondern das langsam bekannte Rassenkollapsentstand. Auch auf politischem Gebiet äußerte sich das dadurch, daß die überwiegende Mehrzahl der Ärzte wohl national gefonnen war, aber doch im großen und ganzen politisch höchst indifferent war und zu einem aktiven Kampfe nicht mehr die Zeit und Lust fand. Das ganze Arztwesen krankte daran,